

369



Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

54. Jahrgang – Nr. 8 – Juni 2003

Neue Sätze der Opferfürsorge

Restituta-Dokumentation eröffnet: Erste Märtyrerin aus Wien

Ist der soziale Frieden gerettet? (zur Pensionsreform)

DOLLFUSS- GEDENKEN

Wie alljährlich versammeln
wir uns auch heuer am

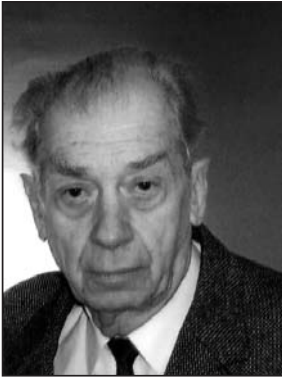
**Samstag, dem
26. Juli 2003, 10h
am Hietzinger
Friedhof**

zum Gedenken an die
Ermordung von Bundes-
kanzler Dr. Engelbert Dollfuß
sowie an die drei Offiziere
Biedermann, Huth und
Raschke.

Wir treffen uns um 9.45 Uhr
beim Eingang Maxingstraße/
Autobusstation. Zu erreichen
entweder von der Station Ken-
nedy-Brücke der U4, weiter
mit Autobus 58 B oder von
der Schnellbahnstation Meid-
ling mit Autobus 8 A in Rich-
tung ORF-Zentrum.



Abb.: Maria Taferl



Hubert Jurasek

Sozialer Frieden gerettet?

Lange schon zeigt die demoskopische Entwicklung, dass zumindest in den meisten EU-Staaten die Menschen immer älter werden und früher in Pension gehen, die Geburtenzahlen immer mehr sinken. Immer weniger im Erwerbsleben Stehende müssen für immer mehr Pensionisten aufkommen, ein für die kommende Generation unhaltbarer Zustand.

Es ist evident, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben und ohne einschneidende Maßnahmen das Pensionssystem nicht mehr in der jetzigen Form erhalten werden kann. Ein heißes Eisen, das anzufassen sich jede frühere Regierung scheute, um ihre Wähler nicht zu vergrämen.

Sobald eine Regierung es wagt, dieses „heiße Eisen“ anzufassen, versuchen außerparlamentarische Institutionen, vor allem eher links orientierte Gewerkschaften, eine solche Neuregelung durch „Kampfmaßnahmen“, vor allen Streiks zu verhindern oder zu verzögern. Dies nicht nur gegenüber eher bürgerlichen Regierungen wie in Frankreich oder Italien, sondern auch gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, bestehend aus Sozialisten und Grünen, also linksorientiert.

In Österreich stellten Sozialisten seit dem nach den Wahlen 1970 erfolgten Rücktritt der Regierung Klaus bis zum Antritt der Regierung Schüssel am 26.2.2000 den Bundeskanzler, hatten also damit das politische Sagen. Seit mehr als 20 Jahren wird über die Notwendigkeit einer Reform unseres Pensionssystems in diversen Gremien debattiert, ohne dass es gelungen wäre, ein den künftigen Herausforderungen entsprechendes System zu erarbeiten. (Leitartikel der Furche vom 24.4.03

„Flickwerk am Ausgedinge“). Ein Versuch der Regierung Klima (Vizekanzler Dr. Schüssel) im Jahr 1977 zu einer großen Pensionsreform ist vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) „zerrissen“ worden (Die Presse vom 25.5.03, Seite 3).

Als die ÖVP vor drei Jahren mit dem Bundeskanzler die führende Regierungsverantwortung übernommen hat, hatte der Reformstau in vielen Bereichen – z.B. Pensionssystem – eine kritische Schwelle erreicht. Die damals begonnene Reformarbeit fortzusetzen ist Leitlinie der neuen Bundesregierung, die im März dieses Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat („Zeit – Schritt“ vom März 03 S. 29). Schüssel davon überzeugt, dass in Sachen Pensionen endlich und energisch gehandelt werden müsse, weil halbherzige Korrekturen umso schärfere Eingriffe schon in Kürze notwendig machen würden, erhält dafür Prü-

gel, die zumindest teilweise seinen Vorgängern für deren Flucht aus der Verantwortung zustünden (Hans Peter Haulschka in Die Furche vom 24.4.03 „Schüssel – ein Sadtist?“). Mangelnden Mut zu unpopulären Themen kann man Schüssel wahrhaft nicht vorwerfen und auch nicht, dass er bei der Realisierung seiner Projekte auf die Ergebnisse der Meinungsforschung schiele, wie dies seine Vorgänger überängstlich getan haben (Academia vom März 2003 S. 24 „Augenmaß, Fairness und Vertrauen“). Schüssel denke in Kategorien: Was muss ich tun, damit die Republik in 30 Jahren noch besteht? Dafür hat er ein klares Konzept, das er für richtig hält und für das er glaubt einen Auftrag seiner Wähler zu haben (Die Presse vom 25.5.2003). Sein Konzept basiere auf einen Vorschlag des ÖAAB aus dem Jahre 1997; es habe im Wesentlichen zwei große Ziele: Bis 2010 solle das Regelpensionsalter erreicht

werden, dazu aber eine Möglichkeit eingeführt werden, dass früher in Pension gehende mit einem fairen versicherungsmathematischen Abschlag selbst Höhe und Zeitpunkt der Pension in einem gewissen Ausmaß bestimmen können. Um 2030 soll die volle 40-jährige Durchrechnung mit einer entsprechenden Berücksichtigung von Kindererziehung und familienbedingten Teilzeiten erreicht werden (Norbert Hartl „Sichere Pensionen?“ in Academia im Mai 2003 Seite 33).

Nach Aussendung des Regierungsentwurfes haben plötzlich die Sozialisten, die viele Jahre lang hiezu Zeit gehabt hätten, einen neuen Entwurf vorgelegt und verlangt, die Regierung müsste zuerst über diesen Entwurf debattieren und ihren Antrag zurückziehen. Auch der ÖGB und die Grünen haben den Regierungsentwurf als unakzeptabel abgelehnt, er sei nur eine



„Geldbeschaffungsaktion“. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat der ÖGB am 6.5. einen „Abwehrstreik“ organisiert, bei dem in Wien lange die Verkehrsmittel still gestanden sind, und eine Woche danach eine Massendemonstration.

In fünf zeitweise bis in die Morgenstunden dauernden Sitzungen im Bundeskanzleramt saßen sich am „Runden Tisch“ Regierung und Vertreter der Sozialpartner gegenüber. Die Regierung hat in ihrem Entwurf so viele Änderungen zugestanden, dass der Vorsitzende der Reformkommission, Universitätsprofessor Dr. Tomandl, von einer Gefährdung des Reformziels gesprochen hat. Der Präsident des ÖGB Verzetnitsch verlangte jedoch weiterhin die Aufrechterhaltung der Frühpension und die Vermeidung jedweder Kürzungen der Pension. Da die Regierung auf diese Forderungen nicht eingegangen ist, hat Verzetnitsch am 25.5.03 die Sitzung unter Protest verlassen und für den 3.6.03 einen neuerlichen Abwehrstreik organisiert, welcher der größte der Zweiten Republik werden sollte. In einem Schreiben an den ÖGB hat die Regierung weitere Verhandlungen angeboten und schriftlich ihre Zugeständnisse dargelegt: Im Jahre 2004 Einführung eines Pensionskontos und Harmonisierung der Pensionssysteme; Auslaufen der Möglichkeit der Frühpension erst 2010; eventuelle Pensionsverluste dürfen 10% nicht übersteigen; flankierende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt (Die Presse vom 28.5.03 Seite 5). In bestehende Pensionen werde nicht eingegriffen und das ist auch im Wesentlichen vom Nationalrat am 11.6.2003 beschlossen worden.

Der ÖGB hat dieses Anbot nicht angenommen, für den anderen Sozialpartner unverständlich. Bundeskanzler Schüssel bezeichnet das Verhalten des ÖGB vor allem den Streik als falsches Signal in der derzeitigen Wirtschaftslage. Sowohl die Regierung als auch die Oppositionsparteien (Sozialisten und Grüne) werfen sich gegenseitig die Schuld am Scheitern der Verhandlungen und die Gefährdung des sozialen Friedens vor.

In Deutschland hat Bundeskanzler Schröder (SPD) vor kurzem vor einem außerordentlichen Parteitag seiner Partei für sein Reformprogramm, das größere Einschnitte auf sozialem Gebiet als der Entwurf der Österreichischen Bundesregierung vorsieht, große Zustimmung erhalten. Der SPÖ geht es weniger um die Mitarbeit bei einer Pensionsreform als um den Sturz der Regierung und Neuwahlen. Hat doch ihr Obmann Gusenbauer, von Journalisten bezüglich eines Treffens zum „Spargelessen“ mit Jörg Haider befragt, ob dies eine Änderung des Kurses der Sozialisten und eine Annäherung an die Freiheitlichen bedeutet, gesagt, ihm sei jeder recht, der mit ihm gegen die derzeitige Regierung stimme.

Beim ÖGB stehen im Oktober d.J. Neuwahlen vor der

Tür; die derzeitigen Führer wollen wiedergewählt werden und glauben daher, ihrer Basis gegenüber „Stärke“ zeigen zu müssen. Der ÖGB müsse seine Protestmaßnahmen schon aus Gründen der Selbstachtung setzen, doch hafte der Aufregung jedenfalls etwas Gekünsteltes an; er werde sich überlegen müssen, „wie eine Arbeitnehmervertretung zwischen Sich-zu-Tode-streicheln-lassen und Kampfparolen von gestern aussehen könnte.“ Entscheiden werde das Parlament („Die Furche“ vom 15.5.2003 Leitartikel „Streik und Demokratie“).

Mit den beiden Streiks vom 6.5. und 3.6.2003, an denen sich vorwiegend staatsnahe Institutionen, geschützte Bereiche und primär von dieser Reform noch gar nicht Betroffene beteiligten, wollte der ÖGB erzwingen, dass die Regierungsvorlage vom Nationalrat nicht beschlossen werde.

In einer Sitzung nach dem „großen Streik“ vom 3.6. hat die Führung des ÖGB beschlossen, von weiteren Streiks abzusehen und einen Beschluss des Nationalrates zur Pensionsreform „in demokratischer Weise“ zur Kenntnis zu nehmen, behält sich jedoch weitere Maßnahmen vor, z.B. „harte Verhandlungen“ bei der Lohnrunde im Herbst.

Auch einigen Mandataren der Regierungskoalition scheint ihre Profilierung durch Erhebung weiterer Forderungen zum Pensionsentwurf wichtiger zu sein, als diese allgemein als notwendig erkannte Pensionsreform. Ein solches Verhalten nennt Halouska in „Der Furche“ vom 5.6.03, Seite 6, „Streik gegen Adam Riese“, gegen die Gesetze der Mathematik. Der nach den Verhandlungen vorliegende Entwurf sei nach Meinung ernstzunehmender Experten so zahnlos, dass er die langfristige Finanzierung der Pensionen wieder nicht sichere und höchstwahrscheinlich schon in wenigen Jahren eine neuerliche Reformdiskussion notwendig mache. Höhere Abgaben oder zunächst höhere Schulden zur Finanzierung unveränderter Pensionen zahle ja nicht ein reicher Onkel von irgendwo.

Der seit langer Zeit in Österreich bestehende soziale Friede ist für viele ausländische Firmen mit ein Grund gewesen in Österreich zu investieren und Produktionsstätten zu errichten. Durch Streik wird der soziale Friede gefährdet. Es wäre zu befürchten, dass viele ausländische Betriebe bei gestörtem sozialen Frieden vor allen in die neuen EU-Staaten (Lohnbilligländer) verlegt werden.

Vom Nationalrat ist am 11.6.03 im Wesentlichen beschlossen worden, was die Regierung nach den Runden Tischen und Verhandlungen angeboten hat. Es ist zu hoffen, dass sich die allgemeine Aufregung nach dem Gesetzesbeschluss des Nationalrates bald wieder legen wird und damit der soziale Friede, für die Beschäftigung in Österreich von großer Bedeutung, gerettet ist. ■

Urlaubssperre

Das Sekretariat der Bundesleitung und der Landesleitung Wien ist vom **26. Juni bis einschließlich**

2. September 2003 geschlossen. Dringende Anfragen bitte schriftlich oder unter Telefon 406 11 44. Ein Journdienst wird für Weiterleitung und Bearbeitung sorgen.

Ab 3. September 2003 ist unser Sekretariat Wien 8, Laudongasse 16, Straßentrakt, 1. Stock wieder jeden Mittwoch von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

Juli-Putsch mit Zustimmung von Hitler

Im Freiheitskämpfer Nr. 2 vom Juli 2001, Seite 5, haben wir gefragt, ob die Ermordung von Bundeskanzler Dr. Dollfuß von Adolf Hitler befohlen worden sei.

Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Gustav Steinbauer, der von den Alliierten zum Pflichtverteidiger für Seyß-Inquart bestellt worden ist, den einzigen aus Österreich stammenden Angeklagten des großen Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses 1945/46 gegen die Führer der NS-Herrschaft, bringt in seinem im Verlag Eduard Kaiser in Klagenfurt 1950 erschienen Buch „Ich war Verteidiger in Nürnberg, ein Dokumentenbeitrag zum Kampf für Österreich“ vielfach wortwörtliche Auszüge von Dokumenten und Aussagen der nach Englischem Recht als vereidigte Zeugen vernommenen Beschuldigten.

Hermann Göring sagte, vom Ankläger befragt, ein Mann namens Habicht (Reichsdeutscher Staatsbürger mit Sitz in München war „Landesinspektor der gesamten Nationalsozialistischen Partei in Österreich“ und hat diese von München aus gelenkt) habe den Führer bei dem sogenannten Dollfuß-Fall getäuscht und ihm versichert, „dass die Österreichische Wehrmacht entschlossen sei, von sich aus etwas zu unternehmen, um die Regierung zum Anschluss zu bewegen oder zu stürzen. Wenn dies tatsächlich der Fall sei, und wenn sich die Partei in Österreich einem solchen Unternehmen der Wehrmacht anschließen sollte, war die Auffassung des Führers, sollte sie in diesem Fall politisch selbstverständlich von Deutschland gestützt werden. Tatsächlich war das Ganze aber eine Irreführung insofern, als nicht die Öster-

reichische Wehrmacht gegen die Österreichische Regierung vorzugehen beabsichtigte, sondern eine sogenannte „Wehrmachtsstandarte“, die aus ehemaligen aus der Österreichischen Wehrmacht ausgeschiedenen Mitgliedern bestanden habe. Nach Misslingen des Putsches wurde „Habicht sofort gerufen und der Führer machte ihm die allerschwersten Vorwürfe und sagte, dass er ihn falsch unterrichtet, hintergangen und betrogen habe. Den Tod Dollfuß bedauerte er sehr, weil das politisch für die Nationalsozialisten ein schwer tragbarer Vorwurf war, besonders auch im Hinblick auf Italien.“ (S. 130 f)

Seyß-Inquart, der mit dem Putsch nichts zu tun gehabt hat, sagte, er habe aus späteren Äußerungen entnehmen können, dem Juli-Putsch sei die Absicht zugrundegelegen, sich der Österreichischen Regierung während eines Ministerrates zu bemächtigen, sie zur Abdankung zu zwingen und eine Regierung Rintelen mit überwiegend nationalsozialistischem Einfluss durchzusetzen. Eine Mordabsicht gegen Dollfuß konnte in diesem Plan nicht gelegen gewesen sein. (S. 73).

Franz von Papen, nach dem Juli-Putsch 1934, bis zum Untergang Österreichs 1938 Deutscher Botschafter in Wien, vom Ankläger befragt, ob er glaube, dass Hitler hinter dem Juli-Putsch in Österreich gestanden sei, demzufolge der Kanzler Dollfuß ermordet worden sei, antwortet er: „Er wisse, dass der von

Hitler für die Führung der Österreichischen Partei abgeordnete Habicht jedenfalls mit dieser Sache im Zusammenhang gestanden sei. Dass Hitler selbst diesen Akt gebilligt hätte, sei ihm bisher nicht bekannt gewesen (S. 289). Mit dem Dollfuß-Mord habe die Gefahr bestanden, dass nun Deutschland auch in dieser großen außenpolitischen Frage der versuchten Einheit Bankrott erleiden würde (S. 266).



**Die Totenmaske –
Dr. Engelbert Dollfuß**

George S. Messersmith, von 1930 bis Frühjahr 1934 amerikanischer Konsul in Berlin und dann bis 1937 Gesandter in Wien, schreibt in seinen vom Ankläger verlesenen eidesstattlichen Erklärungen, für ihn habe kein Zweifel bestanden, „das der Putsch durch die Nazis in Deutschland durch ihre Organisationen in Österreich angeordnet und aufgezogen waren. Dr. Rieth, der Deutsche Botschafter in Wien, war ver-

traut mit allem, was zu erwarten, und allem was geplant war. Dr. Rieth sei in enger und ununterbrochener Verbindung mit den Nazi-Agenten in Österreich gestanden und habe auch Fühlung mit Dr. Rintelen gehabt, „der nach den Naziplänen zum Nachfolger von Dollfuß bestimmt war, sollte der Putsch gelingen.“ „Schon fast einen Monat vor dem Putsch habe Göbels den italienischen Gesandten in Berlin gesagt, „dass innerhalb eines Monats Wien eine nationalsozialistische Regierung haben würde.“

Mr. Dodd, 1933-38 Botschafter in Berlin, machte in seinem Tagebuch, das vom Ankläger verlesen worden ist, am 26. Juli 1934 folgende Eintragung: „Heute erhielt ich die Bestätigung auf meinem Schreibtisch, dass vergangene Nacht, 11 Uhr, die Regierung eine offizielle Erklärung an die Zeitungen herausgab, in der sie den Sturz Dollfuß begrüßte und sich für Groß-Deutschland erklärte, das nun folgen müsste. Der Deutsche Gesandte in Wien war tatsächlich bei der Bildung eines neuen Kabinetts behilflich. Er hätte, wie wir nun wissen, sein Versprechen ausgeführt, dass der Nazi-Mordbande freies Geleit nach Deutschland gewährt würde. Um Zwölf wurde aber erkannt, dass die loyalen Österreicher trotz des Todes von Dollfuß das Bundeskanzleramt umzingelten und die Bildung einer neuen Regierung verhinderten. Sie hielten die Mörder in Gewahrsam. Daher verboten das Deutsche Propagandaministerium die eine Stunde vorher ausgegebenen Nachrichten und versuchte alle ausgegebenen Exemplare wieder einzusammeln.“ (S. 116). ■

Dr. Jacob Kastelic zum Tode verurteilt

Über Dr. Jacob Kastelic (K), den Führer der gegen die Nationalsozialisten gerichteten Widerstandsbewegung „Groß-Österreichische Freiheitsbewegung“ (GÖFB), ist wiederholt im Freiheitskämpfer geschrieben worden. Ergänzend zu der in der Folge auszugsweise wiedergegebenen Begründung des Todesurteiles des Volksgerichtes Wien und zur dargestellten Person und zum Leben des Jacob Kastelic ausgeführt.

K. (Jahrgang 1897) ist 1916 zur Österreichisch-Ungarischen Armee eingerückt und im Ersten Weltkrieg als hochdekorierter Offizier in Rumänien zweimal schwer verwundet worden. Im Zuge der Erhebungen der Gestapo gegen die ihr durch Verrat bekannt gewordenen Widerstandsgruppe von Roman Scholz ist sie auch auf K. und dessen Gruppe gestoßen. K. ist am 22.7.1940 in Schönberg am Kamp, wo er mit seiner schwangeren Ehefrau Maria und seinen damals fast zwei Jahre alten Sohn Norbert auf Urlaub gewesen ist, verhaftet worden. Nachdem er mehrere Jahre als Ermittlungs-(Untersuchungs-)Häftling in verschiedenen Österreichischen und Deutschen Gefängnissen verbracht hat, ist er im Jänner 1944 zur Verhandlung vor den Volksgerichtshof nach Wien überstellt worden. Bei der am 29.2.1944 stattgefundenen Verhandlung ist er als einziger seiner Gruppe zum Tode verurteilt worden.

In der Folge wird auszugsweise die Begründung des Urteils (GZ 7(8) J 204/44, 2 V 168/44) des Volksgerichtes Wien wiedergegeben:

„Der angeschuldigte K. stand schon frühzeitig im christlich-sozialen Lager. Bereits als Student – er ist ein Freund und Studiengenosse Dr. Schuschnigg – beteiligt er sich an der Gründung der „Frontkämpferbewegung“

und des klerikalen Sportvereines „Armenia“, den er von 1930 bis 1938 als Präsident leitete. 1924 wurde er formell Mitglied der chr. s. Partei u. trat 1930 als Kandidat für den Nationalrat u. 1932 als Wahlwerber für den Wiener Gemeinderat auf. Als Wahlredner nahm er schon damals in gehässiger Weise gegen den N.S. Stellung. 1932 wurde er Mitglied der Lueger-Jungfront', eines chr. s. Kampfverbandes, der später in die O.S.S. (Ostmärkischen Sturm-scharen) übergeleitet wurde u. von 1933 bis Ende 1935 war er Landesführer der O.S.S. für Wien. Danach übernahm er eine leitende Stelle beim neugegründeten Österr. Arbeitsdienst im Min. f. soz. Verw., aus der er im Jahre 1938 ausschied. „....

„Im Juli 1939 fand in der Wohnung K. die konstituierende Sitzung statt, bei der die Angeschuldigtenden Angeschuldigten K. als Führer und Programmatiker der als ‚GÖFB‘ konstituierten illegalen Vereinigung anerkannten.....K. entwickelte in dieser Sitzung folgende Gedanken: Der Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland u. den Westmächten sei unvermeidlich. Es sei auch nicht zweifelhaft, dass Deutschland den Krieg verlieren u. dass es zur Zerschlagung des Großdeutschen-Reiches u. zur Neuordnung in Europa kommen werde. Für kleinere Staaten wird in künftigen Europa kein Platz mehr sein, viel mehr

wird sich die Bildung von neuen Staaten nach der Großraumidee vollziehen. Auch in Mitteleuropa wird als neues Staatengebilde eine Union von Staaten entstehen.....Für die G.Ö.F.B. gelte es nun, sich mit der Idee einer Staatsunion im Mitteleuropäischen Raum u. mit der besonderen Aufgabe des ‚Österreich-Deutschen Volksstammes‘ vertraut zu machen. Außerdem habe die G.Ö.F.B. aber noch eine weitere Aufgabe: es bestehe die Gefahr, dass es nach dem Zusammenbruch Deutschlands zu einem Chaos kommen werde. Um zu verhindern, dass sich dann die Kommunisten u. die ‚Gasse‘ der Staatsgewalt bemächtigten, muss die G.Ö.F.B. eine ‚Auffangbewegung‘ bilden.

In der Folgezeit fanden weitere Zusammenkünfte statt, u. aus der ‚Auffangbewegung‘ entwickelte sich ein festgliedertes Organ mit ausgesprochen staatsfeindlicher Tendenz.“...

„Als Deutschland im Mai 1940 im Westen zum Angriff übergang, glaubte K., dass die Deutschen Truppen vor der Maginot-Linie geschlagen würden und dass dann der Zusammenbruch Deutschlands in greifbare Nähe gerückt sei. Er hielt nun die Zeit für gekommen, um aus der bisherigen abwartenden Taktik zu aktiv. Putschvorbereitungen überzugehen. Unter Führung K. beschloss das Komitee im Mai 1940 loszuschlagen..... Auf das Stichwort ‚Dominik‘,sollten wichtige Bahnen

und Straßen, Ämter und lebenswichtige Betriebe besetzt werden, ihre Stellungen notfalls mit Waffengewalt gehalten werden. Angesichts der unerwartenden schnellen Deutschen Waffenerfolge im Westen wurde der Zeitpunkt des Losschlagens vorerst verschoben und dann der Plan aufgegeben“.....

„Die Großraumidee K. ließ sich naturgemäß nur dann verwirklichen, wenn in den an die Ostmark angrenzenden Gebieten gleichartige Bestrebungen vorhanden waren und diese für den Gedankengang K. gewonnen werden konnten.....K. versuchte, durch Vermittlung Verbindung zu ung. Kreisen zu bekommen.... die eingeleiteten Verhandlungen zerschlugen sich, als die Ungarn angeblich ein mit Unterschriften versehenes Paket Programme haben wollten.“.....

K. suchte ferner Verbindung zu monarchistischen Kreisen Bayerns. Nach den Angaben der Mitangeschuldigten hatte er bereits tatsächlich Fühlung zu bayr. u. tschech. monarch. Kreisen aufgenommen.“ K. sei auch bekannt gewesen, dass es Versuche gegeben habe, „Verbindungen nach Kroatien und über das engl. Konsulat in Agram bzw. über den Secret Service auch Verbindungen zur Englischen Regierung zu verschaffen.„Im Winter 1939 gab K. den Auftrag mit dem im Jahre 1938 nach Holland emigrierten Dr. Plöchl Verbindung aufzunehmen, um einerseits eine ständige Nachrichtenverbindung nach Holland herzustellen u. andererseits über Dr. Plöchl von dem in ‚Holland‘ befindlichen Otto von Habs-

► burg die Genehmigung für das Programm der G.Ö.F.B. zu erhalten.“ Dieser Auftrag sei angeblich nicht durchgeführt worden.

Im Frühjahr 1940 trat....in Verbindung mit der von Roman Karl Scholz gegründeten „Österreichischen Freiheitsbewegung“, um gegebenenfalls die Verschmelzung beider Organisationen in die Wege zu leiten.“ Schließlich wurde beschlossen, „weiterhin miteinander in Fühlung zu bleiben.“

„In den Sitzungen des Exekutiv-Komitees wurde unter dem Vorsitz des Ang. K. wiederholt auch die Beschaffung von Waffen u. Sprengmitteln besprochen, um sie bei dem geplanten Umsturz zur Hand zu haben. Vor allem sollten die Waffen der ehemaligen Schutzbündler erfasst werden.“....

„K. hört mit seinem eigenen Rundfunkgerät auch nach Kriegsbeginn planmäßig feindliche Auslandssender (z.B. London, Lyon, Straßburg) ab um die Auslandssendungen für die Zwecke seiner Org. zu verwerten.....Der ang. K. ging bei der Werbung weiterer Mitglieder mit vorbildlichen Eifer voran.....Besond. wichtig erschien K. die Anknüpfung und Aufrechterhal-

tung von Beziehungen zu den Führern halb-milit. Organisationen der Systemzeit.....

Im übrigen haben die Mitangesch.bestätigt, dass K. mehrfach erklärt habe, er wolle die bestehende Ordnung ‚um jeden Preis‘ ändern und in seiner ‚Auffangorganisation‘ die mit der bestehenden Regierung unzufriedenen Elemente sammeln und sie für ein gewaltsames Vorgehen gegen Partei und Staat vorbereiten.

Die Mutter und die Schwester von K. haben am 13.4.44 ein Gnadengesuch eingebracht. In diesem wiesen sie vor allen auf den Fronteinsatz und die Verwundung im Weltkrieg hin und darauf, dass die Ehefrau während der Haft des K. gestorben ist und die beiden Buben, dreieinhalb und fünfeinhalb Jahre, hilflos wären. Im folgenden wird die Stellungnahme des Wiener Gauleiters Schirach vom 14.4.44 Zeichen GS 45782/B auszugsweise wie folgt wiedergegeben:

„Nach dem Anschluss der Alpen- und Donaugau an das Reich bildete sich in Wien unter Führung des Dr. Kastelic eine ‚Groß-Österreichische Freiheitsbewegung‘ (G.Ö.F.B.), mit dem Ziele die nationalsozialistische Reichs-

führung zu stürzen und ein selbständiges Groß-Österreich zu schaffen, welches außer dem einstigen Österreich die Gebiete bis zur Mainlinie und bis Triest umfassen und Anlehnung an Polen suchen sollte. Dieses neue Staatengebilde sollte ‚ständig demokratisch‘ aufgebaut sein und eine monarchische Spitze haben, die von einem Habsburger verkörpert werden sollte. An der Verwirklichung dieser Bestrebungen arbeiteten Kastelic und seine Mitarbeiter organisatorisch und propagandistisch auch nach dem Kriegbeginn weiter. Sie hofften die Niederlage und den Zusammenbruch des Groß-Deutschen-Reiches im Kriege und versuchten dies durch ihre illegale Arbeit herbeizuführen, um an die Macht zu gelangen. Dem Weitergreifen dieser Bewegung wurde durch die Verhaftung der Beteiligten im Sommer 1940 ein Riegel vorgeschoben“....

Im folgenden wird praktisch die Begründung des Urteils wiedergegeben. Im letzten Absatz der Stellungnahme heißt es dann: „Die Tat des Kastelic, des geistigen Vaters und führenden Kopfes der G.Ö.F.B., des fanatischen hartnäckigen und verblendeten Antreibers seiner Mitarbeiter, denen er geistig überlegen war, ist auch unter den

damaligen Zeitumständen bereits von solcher Gefährlichkeit für die notwendige Einheit und Geschlossenheit unseres Volkes gewesen, dass dessen Schutzbedürfnis nur durch die Verhängung der schwersten Strafe Genüge getan werden konnte, die das Gesetz kennt und für die Zersetzung der Wehrkraft auch ausschließlich vorsieht, die Todesstrafe.

Ich sehe keine Veranlassung, den erbetenen Gnadensbeweis zu befürworten, wenn ich mir auch voll bewusst bin, wie schwer durch die Vollstreckung des Urteiles vor allen die 84jährige kranke Mutter des Verurteilten und seine beiden Buben im Alter von fünfeinhalb und dreieinhalb Jahren, die erst im Jänner 41 die Mutter verloren haben, getroffen werden.“

K. ist am 2.8.1944 im LG Wien enthauptet und seine Leiche in das Anatomische Institut der Universität Wien gebracht worden. Dort Mitte Mai 1945 von Angehörigen identifiziert ist K. im Familiengrab am Penzinger Friedhof bestattet worden. ■

Quelle: Für wesentliche Teile „Das Leben des Dr. Jacob Kastelic“ von Stefan Kastelic erschienen im Norka-Verlag.

Zündet ein Licht an

Zündet ein Licht an, statt über die Finsternis zu jammern; unter dieses Motto stellte der Pfarrer von St. Michael in Wien 1, Pater Peter, die Messe, in der wir am 12.3.2003 der Kameradinnen und Kameraden gedachten.

Ausgehend von der Lesung im Buche Jona ermahnte uns Pater Peter, nicht zu trauern und sich gegen den Auftrag Gottes zu wenden, sondern frohgemut in

die Welt hinaus zu gehen und ihr die Wahrheit zu bringen, sei es für uns auch mit Ungemach verbunden. Wir sollten das Licht nicht unter den Scheffel sondern auf den

Leuchter stellen, damit es allen leuchte.

Mit uns haben die Heilige Messe gefeiert unser Mitglied Kamerad Staatssekretär und Abg. z. Nationalrat und Botschafter i. R. Dr. Ludwig Steiner, die Enkelin von Bundeskanzler Dr. Dollfuß, Frau Dr. Tancsits mit ihrem Ehemann Mag. Tancsits GS des ÖAAB und Abgeordneter zum Nationalrat. Weiters der Bezirks-

vorsteher des Bezirks Innere Stadt Wien, KmslR Franz Grundwalt, der Bezirksparteiobmann der ÖVP Innere Stadt, General Dr. Franz Kühnel, sowie zahlreiche Mitglieder der jungen Generation der ÖVP.

Nach der Heiligen Messe begaben wir uns unter den Klängen des „Guten Kameraden“ in die sogenannte Turmkapelle. Dort mahnt uns eine Büste von Bundeskanzler Doll-

Erste Märtyrerin aus Wien

Eröffnung der Restituta- Dokumentation: Glaube gegen NS-Gewalt

Es ist kaum zu glauben: die im Jahr 1998 von Papst Johannes Paul II am Wiener Heldenplatz gemeinsam mit 2 österreichischen Ordenspriestern seliggesprochene Schwester Restituta – Helene Kafka – ist tatsächlich die erste kanonisierte Blutzugin, die aus Wien kommt.

Am 24. April 2003 wurden die Gedenkräume im Wiener Hartmannspital gesegnet und eingeweiht. Nach der Eröffnung durch die Generaloberin der Franziskanerinnen von der christlichen Liebe (Hartmannschwwestern), Sr. Mag. Hilde Daurer, die mit großer Freude und Genugtuung über das rege Interesse eine große Anzahl von Gästen begrüßen konnte, hat der Leiter des Museums mittelalterlicher Kunst und Kustos der Mittelaltersammlung der Österr. Galerien Belvedere, Dr. Arthur Saliger, das Konzept vorgestellt.

Sehr eingehend haben die beiden Hauptgestalter der Gedenkräume, Sr. Dr. Edith Beinhauer, Vizepostulatorin der Causa der seligen M. Restituta Kafka und Prof. Herbert Exenberger vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, die Ausstellung mit ih-

rem Aufbau und den Kernaussagen erläutert. Es war direkt zu spüren, mit welchem Engagement beide sich dieser Aufgabe gewidmet hatten, wieviel Zeit dafür aufgewendet worden ist, aber auch daß diese Arbeit beiden viel Freude gemacht hat.

Es ist es wert, diese Gedenkräume mit der liebevoll zusammengestellten Ausstellung zu besichtigen. Viele Exponate erklären die Zeit und das Wirken der seligen Schwester Restituta.

Nach der Segnung und Eröffnung der Gedenkräume durch Weihbischof P. Dr. Ludwig Schwarz, SDB, wurde die würdige Feier mit dem Restituta-Lied beendet.

Schwester Restituta ist für mich nicht eine in anderen Sphären schwebende Person, sondern ein Mensch zum Angreifen, ein Mensch mit der erforderlichen Härte und Direktheit in ihrer schweren Ar-

beit als Operationsschwester, was ihr auch den Spitznamen „Schwester Resoluta“ eingetragen hatte. Sie ist gleichzeitig sehr menschlich, indem sie auch schon einmal in einem Gasthaus ein Gulasch mit einem Krügel Bier konsumierte. Aber gerade wieder ihr Verhalten in der Todeszelle, ihre Hilfe für andere Leidensgenossen und ihr Tod zeigen die Größe dieser tapferen Frau.

Wegen noch laufender Umbauarbeiten sind Öff-

nungszeiten der Gedenkräume noch nicht festgelegt.

Auskunft erhält man unter der Telefonnummer (01) 54605-0 (Telefonzentrale Hartmannspital). Adresse: Hartmannspital, 1050 Wien, Nikolsdorfergasse 26-36

Wir werden für den Herbst dieses Jahres einen Besuch mit Führung durch die Gedenkräume organisieren. Näheres wird noch bekanntgegeben werden. ■



Schwester Restituta

gestanden ist, der von den Alliierten am 12.3.1945 durch Bomben zerstört worden ist; dabei sind einigen hundert Personen zu Grunde gegangen. In einer von der jungen Generation der ÖVP würdig gestalteten Feier gedachten wir ihrer und all jener, die in dem von Nationalsozialisten vom Zaune gebrochenen Krieg oder in dessen Folgen in Gefangenschaft oder als Flüchtlinge gestorben sind. ■



Ausstellungsräume – Schafott

Kamerad Dr. Alois Kermer, 90

Wirklicher Hofrat in Ruhe Dr. Alois Kermer, Landesobmann von Niederösterreich, wurde am 22. Oktober 1913 in Straß Nr. 47 als Sohn des Weinbauerehepaares Alois und Aloisia Kermer geboren.

Nach dem Tod von Vater Alois (gefallen am 30.8.1914 bei Lemberg) heiratete seine Mutter nach Kritzendorf bei Klosterneuburg. Nach dem Besuch der Volksschule in Straß und Kritzendorf und der Bürgerschule in Klosterneuburg ist es ihm ermöglicht worden, das Gymnasium in Hollabrunn zu besuchen. Die 7. und 8. Klasse Gymnasium absolvierte er in Klosterneuburg, wo er 1934 mit Auszeichnung maturiert hat. Im Wintersemester 1934/35 hat er an der Universität Wien mit dem Jus-Studium begonnen, das er am 17.11.1939 mit der Promotion zum Dr. jur. abgeschlossen hat.

Noch während seines Studiums ist er am 1.12.1934 als Maturant in den Niederösterreichischen Landesdienst aufgenommen worden, wo er bis 1940 im Wiener Landhaus tätig gewesen ist. Nur mit knapper Not konnte er, als aufrechter Katholik und CVere bekannt, die Entlassung aus dem Landesdienst verhindern. Trotz seines abgeschlossenen Hochschulstudiums ist er weiterhin nur als Maturant eingestuft gewesen. Bis 1945 ist er dem Landratsamt (so hießen während der NS-Zeit die Bezirkshauptmannschaften) Neunkirchen zugeteilt gewesen. Wegen seines aufrechten österreichischen Verhaltens sollte er noch im Mai 1945 vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Er ist Inhaber eines Opferausweises nach dem Opferfürsorgegesetz.

Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus 1945 nunmehr als Jurist eingestellt war er bei verschiedenen Bezirkshauptmannschaften, teils

als Stellvertreter des Bezirkshauptmanns (Neunkirchen), teils als Bezirkshauptmann (Tulln und Gänserndorf) tätig. Von 1967 bis zu seiner Pensionierung als wirklicher Hofrat im Jahr 1973 ist er als Leiter der Abteilung „Fürsorge und Sozialrecht“ beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung tätig gewesen.

Seine leider schon verstorbene Gattin Maria, mit der seit 28.1.1939 verheiratet war, hatte ihm zwei Töchter geschenkt. Von seiner zweiten Ehefrau bestens betreut erfreut er sich an seiner zahlreichen Familie; er hat 2 Töchter, fünf Enkel und 10 Urenkel.

Neben seiner Tätigkeit im Niederösterreichischen Landesdienst ist Kamerad Kermer auch vielfach ehrenamtlich tätig gewesen. Jahrzehntlang ist er Bezirkstellenleiter des Roten Kreuzes in Gänserndorf gewesen, große Verdienste hat er sich um den Neubau der Pfarrkirche und eines Gedenkbrunnens in Gänserndorf erworben. Hierfür hat er zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen erhalten. So: das Komturkreuz des Ordens des Heiligen Papstes Sylvester, das silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das silberne Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich, den Ehrenring der Stadtgemeinde Gänserndorf usw..

In unserer Organisation ist Dr. Kermer schon viele Jahre lang Obmann des Niederösterreichischen Landesverbandes. Er hat sich hier wie auch als Mitglied des Kuratoriums als unermüdlicher Organisator und Funktionär für die Verwirklichung unserer Ideale eingesetzt

und durch stete aktive Mitarbeit unsere Verbandstätigkeit gefördert. Als Fachmann des Fürsorgerechten und einschlägigen Sozialrechtes und Mitglied der Opferfürsorgekommission hat er vielen Kameradinnen und Kameraden geholfen ihre Ansprüche nach dem Opferfürsorgegesetz durchzusetzen. Auf der Generalversammlung des Kuratoriums in Schloß Sooß bei Loosdorf vom 16. bis 18.8.2000, die von ihm ausgezeichnet vorbereitet und organisiert worden ist, hat ihm unsere Organisation mit der Verleihung des Ehrenringes gedankt.

Trotz seines hohen Alters ist er immer

noch agil. Alljährlich organisiert er für seine Niederösterreichischen Kameraden mehrtägige Bildungsreisen innerhalb Österreichs und in den angrenzenden Staaten.

Wir danken Kameraden Hofrat Dr. Kermer für seine treue Verbundenheit und Aktivität in unseren Reihen. Der Herr möge ihm noch einige schöne Jahre für sich seine Familie und auch für uns schenken. ■



Landesverband Niederösterr

Am Montag, den 3. Juni 2002 fuhren 31 Kameradschaftsmitglieder mit dem Autobus auf der Autobahn Richtung Westen über Salzburg, Walsertal zum Chiemsee, Bayerns größten See mit seinen drei Inseln. Eine Fähre brachte uns zur Herreninsel und von der Anlegestelle mit einem Pferdewagen zum Schloss, das König Ludwig II. nach dem Vorbild von Versailles erbauen ließ. Wir besichtigten die prunkvollen Räume mit dem Museum des Königs und die herrlichen Parkanlage. Von Prien ging es weiter über Bernau, Irschenberg, Bad Tölz nach Murnau am Staffelsee, wo wir im Hotel Ludwig am Seidlpark unser Standquartier hatten und sehr gut untergebracht waren.

In Oberammergau, dem berühmten Passionsspielort, bewunderten wir die vielen mit Lüftlmalerei geschmückten Häuser. Sehenswert waren auch die Krippensammlung

und die über Tausend Hinterglas-Bilder. Berühmt in der königlichen Villa Schloss Lindenhof sind die prunkvoll ausgestatteten Räume mit den versenkbaren „Tischlein deck dich“ im Speisezimmer. In der Kirche des Benediktinerklosters Ettal tront die berühmte Ettaler Madonna aus Carrarmarmor. In Garmisch-Partenkirchen sahen wir u.a. die Richard Strauß-Villa, den Kurpark, das Kongresshaus und das olympische Radstadion. Über die deutsche Alpenstraße vorbei am Walchensee und Kochelsee, gelangten wir zu den königlichen Schlössern Hohen Schwangau und Neuschwanstein, die wir beide besichtigten. Sie gaben Einblick in des Königs „Elternhaus“ und sein Märchenschloss.

Auf der „romantischen Straße“ gelangten wir zum alten romanischen Welfenmünster Steingaden, zur Rokoko Wallfahrtskirche Wies mit dem Gnadenbild des gegeißelten Heilands und zur Klo-

Kamerad Kommerzialrat Alfred Gerstl, 80

Kamerad KmzIR Alfred Gerstl, Landesobmann der Steiermark, wurde am 3.7.1923 als drittes von vier Kindern der Eltern Alfred und Maria geboren.

Schon in seiner Jugend begeisterter Sportler war er Spitzensportler des Reichsbundes der Katholischen Jugend Österreichs in Graz. Weiterhin ist er musisch begabt gewesen. Nach Abschluss der Pflichtschule ist er Lehrling bei einem Büchsenmacher geworden, hat aber nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1938 diese Lehre aus Abstammungsgründen verloren. Nachdem er vorerst als Hilfs-

arbeiter gearbeitet hatte, ist es ihm durch Wohlwollende 1939 ermöglicht worden, Werkzeugmacher zu lernen. In diesem Beruf ist er bis zu seiner im April 1942 erfolgten Einberufung zur Deutschen Wehrmacht (Luftwaffe) tätig gewesen; im September 1943 ist er wie viele andere Regimegegner als „wehrunwürdig“ aus der Wehrmacht entlassen worden. Dank der Hilfe von Offizieren ist es ihm möglich gewor-



**Kommerzialrat
Alfred Gerstl**

Reich - Kameradschaftsfahrten

sterkirche Rottenbuch. Im Pfaffenwinkel hatten wir Weilheim, Dießen und das Benediktinerkloster Andechs mit seiner berühmten Klosterbrauerei als Ziel. Am Westufer des Starnberger Sees steht das Schloss Possenhofen, in dem Kaiserin Sissy ihre Jugend verbrachte.

Auf der Fahrt zum Tegernsee kamen wir durch Gmund, Bad Wiessee, Rottach-Eggern; am dortigen Friedhof ruhen die Künstler Ludwig Thoma, Ludwig Ganghofer, Olaf Gulbranson und Leo Slezak.

Das Rathaus von Weyarn birgt herrliche Stuckarbeiten, die Pfarrkirche schöne Freskenbilder und eine wunderschön geschnitzte Pieta. Auch die kunstvoll gestaltete Pfarrkirche von Schliersee zeigt Arbeiten des großen Könners Zimmermann. In der Hallenkirche von Lengries erinnern Darstellungen des Heiligen Nikolaus und des Heiligen

Christophorus an die Floßleutetzunft. Die Holzflößerei auf der Isar war einst Haupterwerbsquelle der dortigen Bevölkerung.

Über den Aachenpass gelangten wir wieder auf österreichisches Gebiet und durch das Inntal zur Autobahn. Wir danken unserem Obmann Hofrat Dr. Kermer vielmals für die umfassenden Vorbereitungen und das Zustandekommen der Reise.

Die Herbstfahrt unserer Kameradschaft führte uns am 12. September 2002 ins Wein- und Waldviertel. In Kleinwetzdorf besuchten wir den Heldenberg, die Gedenkstätte für Feldmarschall Radetzky. In Heidenreichstein besichtigten wir die schönste und besterhaltene Wasserburg Österreichs. Eine wunderschöne Fahrt durch den Norden unseres Heimatlandes endete gemütlich bei einem unserer Mitglieder in der „Villa Linda“ in Münchreith. ■

sen, sich durch Flucht der von der Gestapo schon verfügten Einweisung in ein Arbeitlager zu entziehen. Bis Kriegsende hat er als „U-Boot“ im Verborgenen gelebt.

Als Turner ist er 1938 in Tätlichkeiten mit der HJ verwickelt gewesen und deswegen eingesperrt worden. Schon während seiner Tätigkeit als Werkzeugmacher und später hat er zusammen mit Arbeitskollegen illegale nationalsozialistisch feindliche Flugblätter hergestellt und verbreitet. Im Rahmen der Widerstandstätigkeit hat er von 1943 bis 1945 vor allem als Kurier und Verbindungsmann für den Transfer politisch Verfolgter zu den jugoslawischen Partisanen gesorgt, wofür er auch einen hohen jugoslawischen Orden erhalten hat.

Nach der Wiedererlangung der Freiheit Österreichs 1945 ist er seiner musischen Berufung folgend vorerst Sänger und Schauspieler gewesen. 1948 eröffnete er ein Lebensmittelgeschäft, seit 1954 ist er Trafikant. Als deren Vertreter

in der Kammer tätig war er lange Jahre Landesgremialvorsteher und schließlich Bundesgremialvorsteher.

Als ehemaliger Spitzensportler ist er nach 1945 führend in der Österreichischen Turn- und Sport-Union tätig gewesen, vor allem auf dem Gebiet des Karatesports und Bodybuilding. In diesen Sportdisziplinen hat er viele Landes- und Staatsmeisterschaften in Österreich organisiert. Als internationaler Funktionär dieser Sportdisziplin hat er auch in seiner Heimatstadt Graz eine Welt- und Europa-meisterschaft organisiert.

Als Mandatar der ÖVP gehörte er seit 24.4.1973 dem Grazer Gemeinderat an. Am 19.11.1987 ist er von seiner Partei in den Bundesrat entsandt worden, dessen Präsident er wiederholt gewesen ist. In zahlreichen Reden ist er immer wieder für Toleranz auch anders Denkenden gegenüber eingetreten, für die Bewahrung der Geschichte und Kultur Österreichs auch vor der Jugend, für eine gezielte Zusammenarbeit ►

▶ zwischen Jugend und Alter und für eine tolerante Gesellschaftsordnung.

Für diese seine Aktivitäten auf verschiedene Gebieten hat er zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten, so: das Große Silberne Ehrenzeichen am Band, das Goldene und Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs, das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark, das Landessportabzeichen und das Ehrenzeichen der Stadt Graz für Verdienste um den Sport das Ehrenzeichen in Gold und Silber der Österreichischen Turn- und Sportunion, sowie zahlreiche andere Ehrenzeichen auf sportlichem Gebiet, so u.a. von den USA, Japan, Ägypten, GB etc.. Mangels eigener Kinder hatte Gerstl sich als Ziehvater und Förderer des Arnold Schwarzeneggers um dessen Entwicklung sehr verdient gemacht.

Kamerad KmplR Gerstl ist Gründungsmitglied unseres Steirischen Landesverbandes und seit 1992 dessen Landesobmann. Vor einigen Jahren ist er auch zum stellvertretenden Obmann des Kuratoriums gewählt worden unseres obersten Organes. Als solcher ist er auch aktiv in der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände in Graz tätig.

Wir danken Kameraden KmplR Gerstl für seinen unermüdlichen Einsatz für seine geliebte Heimat Österreich, für seine Kameraden aus dem Widerstand und seine Kameraden aus Beruf und Sport. Möge es ihm noch viele Jahre gemeinsam mit seiner Gattin vergönnt sein, in geistiger und körperlicher Frische weiterhin zum Wohl seiner Heimat Österreichs und seiner Kameraden tätig zu sein. ■

Barmherzig auch in Zeiten der Unbarmherzigkeit

Die Idee zur Errichtung des „Haus der Barmherzigkeit“ (HdB) ist von der 1864 gegründeten „Bruderschaft von der Allerheiligsten Dreifaltigkeit zur Pflege unheilbarer Kranken“ ausgegangen. 1875 konnte das Haus mit einer Bettenkapazität von 23 Patienten eröffnet werden, der Pflegedienst ist den „Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul“ anvertraut worden.

Die Mittel zur Erhaltung und zum Ausbau des Hauses stammten zum größten Teil aus Spenden. Bis 1900 konnte das Haus so ausgebaut werden, dass 500 Pfleglinge aufgenommen werden konnten. Von Anfang an ist nicht nur auf Pflege sondern auch auf ärztliche Versorgung Bedacht genommen worden; das HdB als Sonderkrankenanstalt ist die Geburtsstätte der modernen Geriatrie.

Bald nach der Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten im Jahre 1938 ist das Haus unter kommissarische Leitung gestellt worden. Die Seelsorger wurden gekündigt, alle Andachtsgegenstände mussten entfernt werden, zur Spendung von Sakramenten bedurfte es der Zustimmung des nationalsozialistischen Verwalters. Vorerst als Stiftung der Caritas Wien unterstellt, ist das Haus im Juli 1939 in das Eigentum der Stadt Wien übergeben worden und unter den Namen „Wiener städtisches Altersheim Währing“ geführt worden.

Über Auftrag der Gesundheitsbehörden mussten am 3.10.1941 die im „Josefshaus“ in Totzenbach (heute Clementinum in Paltram 12, 3062 Kirchstetten, NÖ) unterge-

bracht Epileptikerinnen in die „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ (heute Heilanstalt am Steinhof) gebracht werden, am 23.10.1942 11 schwer-



Homepage: www.hdb-wien.at

ranke Kinder. Bis Ende 1942 sind fast alle 500 Patienten auf verschiedene andere Institutionen zur „weiteren Behandlung“ verlegt worden, wo der größte Teil im Rahmen des Euthanasie- und T4-Programms ermordet worden sind. Nur sechs behinderte Kinder konnten von den Nonnen im HdB im Klausurbereich versteckt werden. Bei einem Luftangriff vom 15.1.45 sind 35 Personen getötet und 18 verletzt worden, davon 27 Patientinnen und 5 Schwestern, darunter auch drei dieser Kinder und die pflegende Nonne.

Die Stiftung HdB ist 1954 in ein kirchliches Institut umgewandelt worden. Heute umfasst das HdB 500 geriatrische Betten im Wiener Haus, einen

Behindertenbereich mit 101 Klienten in Wohngemeinschaften und im Haupthaus und 91 Pflegeplätze in der Niederösterreichischen Zweiganstalt Clementinum in Kirchstetten. Betreut werden diese Patienten im Wiener Haus von 567 Mitarbeitern, in Kirchstetten von 51. Ein Neubau ist geplant.

Am 23. Oktober 2002 ist zum Gedenken an die Opfer der barbarischen Zeit der Nationalsozialisten in

Österreich vor der Kapelle des Haupthauses im 1. Stock eine Gedenktafel angebracht und geweiht worden. Von den hunderten Opfern konnte nur noch von 40 die Namen festgestellt werden. In der Anführung ihrer Namen soll jenen Menschen ihrer Würde, die sie verloren haben, wieder gegeben werden. Die Gedenktafel ist Ausdruck des wachen und sauberen Gewissens. Es sei wichtig, das wir uns auch an die dunklen Kapitel unserer Geschichte erinnern, damit wir in unserem Bemühen nicht erlahmen, der Welt zu sagen, dass die Kultur des Lebens der einzig richtige Weg sei, schreibt Kardinal Dr. Christoph Schönborn im Geleitwort zum Gedenkeft. Das Andenken an die Opfer sei uns Mahnung, uns mit Entschlossenheit gegen zukünftige Tendenzen in unserer Gesellschaft zur Wehr zu setzen, Menschen und Menschenleben wieder nur nach ihrem Nutzen zu bewerten, sagte anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel, der ärztliche Direktor des Krankenhauses Primarius UP Dr. Christoph Giesinger. ■

Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 2003

Einige Leistungen der Opferfürsorge sind von der Höhe des Einkommens der Anspruchswerber abhängig. Bei Anspruchswerbern, die verheiratet sind oder in einer Lebensgemeinschaft leben, ist auch das Einkommen des Ehegatten (der Ehegattin) bzw des Lebensgefährten (der Lebensgefährtin) zu berücksichtigen.

Bezieher von Unterhaltsrenten, Teilunterhaltsrenten und Witwenbeihilfen werden ab **1.1.2003** eine Erhöhung aller Rentenleistungen und Zulagen aus der Opferfürsorge erhalten.

Alle jene, deren Einkommen geringer ist als die erhöhte Unterhaltsrente (Witwenbeihilfe), haben nun Anspruch auf eine entsprechende Teilunterhaltsrente oder Witwenbeihilfe.

Eine **Unterhaltsrente** (Teilunterhaltsrente) kann demnach von **alleinstehenden Opfern** beansprucht werden, wenn oder insoweit ihr monatliches Nettoeinkommen geringer ist als

Einkommen	Euro 862,90
(wenn keine Opferrente besteht – Meßbetrag der Unterhaltsrente)	Euro 895,50

Opfer, Inhaber einer Amtsbescheinigung, die verheiratet sind oder eine Lebensgefährtin (Lebensgefährten) haben, können eine Unterhaltsrente bzw. Teilunterhaltsrente beanspruchen, wenn ihr monatliches Einkommen (netto) geringer ist als

Einkommen	Euro 1.120,20
-----------	----------------------

Allerdings werden 30% des Nettoeinkommens der Ehegattin (des Ehegatten) bzw. Lebensgefährten (Lebensgefährtin) in Anrechnung gebracht.

Hinterbliebene können eine Unterhaltsrente (Teilunterhaltsrente) beanspruchen, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als

Einkommen	Euro 783,60
-----------	--------------------

Hinterbliebene nach Inhabern einer Amtsbescheinigung, auf die die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterhaltsrente (Teilunterhaltsrente) nicht zutreffen, haben Anspruch auf eine **Beihilfe**, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als

Einkommen	Euro 811,30
-----------	--------------------

Die Beihilfe selbst kann höchstens nur betragen, mindestens jedoch

Einkommen	Euro 895,50
Einkommen	Euro 5,10

Die **Einkommensgrenzen** (interne Richtlinien) für die Gewährung einer **einmaligen Aushilfe** aus dem **Ausgleichstaxfond** betragen ab **1.1.2003**

für alleinstehende Personen	Euro 941,00
für Ehepaare (Lebensgefährten)	Euro 1,367,00
zusätzlich je Kind	Euro 271,00

Die **Einkommensgrenzen** für übersetzungsmäßige Leistungen aus der **Heilfürsorge** gemäß § 12 Abs. 4 OFG betragen für alleinstehende Personen

Einkommen	Euro 1.302,00
für Ehepaare (Lebensgefährten)	Euro 1.662,00
zusätzlich je Kind	Euro 271,00

(Anspruchsberechtigt sind Amtsbescheinigungs- und Opeferausweisinhaber sowie Personen, die eine Rentenleistung aus der Opferfürsorge beziehen.) Originalrechnungen und Nachweis über Bezahlung der Rechnung unbedingt erforderlich. Gilt auch für Kur- und Erholungsaufenthalt.

Einmalige Aushilfe von Euro 220,00 für Spitalsaufenthalt (mindestens 10 Tage) kann an Opferausweis- oder Amtsbescheinigungsinhaber, auch an deren Ehegatten oder unterhaltsberechtigten Kinder 1 x pro Kalenderjahr gewährt werden. Einkommensgrenzen wie bei **Heilfürsorge**. Mehrere Spitalsaufenthalte eines Kalenderjahres zusammengezählt werden, auch verschiedene, Leidenszustände.

Kur- bzw. Erholungsaufenthalt

ist in erster Linie bei der zu ständigen Krankenkasse einzureichen, wenn eine Abweisung erfolgt, dann können Amtsbescheinigungsinhaber bei der zuständigen Landesregierung (Opferfürsorge) einen Zuschuß beantragen, dieser wird aber nur dann gewährt, wenn eine **vorherige** amtsärztliche Untersuchung diesen Kur- resp. Erholungsaufenthalt befürwortet hat.

Zuschüsse

für Kuraufenthalte täglich höchstens	Euro 26,00
---	-------------------

für Erholungsaufenthalt täglich höchstens	Euro 15,00
--	-------------------

für eine Begleitperson täglich höchstens	Euro 11,00
--	-------------------

je Zahnkrone	Euro 105,00
---------------------	--------------------

für einohrige Hörapparate bzw. Krankenbetten und Krankenfahrräder	Euro 720,00
--	--------------------

für beidohrige Hörgeräteversorgung	Euro 1.080,00
---	----------------------

für Sehbehelfe und Brillen	Euro 285,00
-----------------------------------	--------------------

für orthopädische Schuhe	Euro 281,00
---------------------------------	--------------------

für sonstige Heilbehelfe und Heilmittel	Euro 160,00
--	--------------------

für **psychotherapeutische Behandlungen**: bis zur Höhe des dreifachen Betrages des Kostenzuschusses des Krankenversicherungsträgers (Ansuchen können erst ab einem Jahresbetrag von mindestens **Euro 35,00** berücksichtigt werden.)

Einkommensgrenzen für Gewährung **zinsfreier Darlehen** betragen

für Einzelpersonen	Euro 1.740,00
--------------------	----------------------

für Ehepaare	Euro 1.991,00
--------------	----------------------

zusätzlich je Kind	Euro 271,00
--------------------	--------------------

Termin-Vorschau:**– 22. Oktober 2003**

Sitzung des Kuratoriums und für alle Kameradinnen und Kameraden Gedenkveranstaltung Leopold Kunschak im Parlament.

Landesverband Wien**– 24. September 2003**

Fest- und Gedenkveranstaltung in Reichenau und am Hafnerberg.

Impressum:**Medieninhaber und****Herausgeber:**

Kuratorium der
ÖVP-Kameradschaft der politisch
Verfolgten und Bekenner für
Österreich, 1080 Wien,
Laudongasse 16

Fotos: Bilderbox, ÖCV-Archiv,
ÖVP, Vogelsang-Institut

Satz/Umbruch: Tanja Pichler,
1080 Wien, Stolzenhalerg. 7/3

Druck: Druckerei Lischkar,
Migazziplatz 4, 1120 Wien

Opferfürsorge

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 2003

Unterhaltsrente für Opfer (auch Meßbetrag bzw. Einkommensgrenze)

1. Alleinstehende	Euro	862,90
2. Verheiratete bzw. Lebensgefährten (Lebensgefährtin)	Euro	1.120,20
Erhöhung des Meßbetrages für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag gebührt	Euro	33,30
Erziehungsbeitrag	Euro	66,60
Unterhaltsrente für Hinterbliebene (auch Meßbetrag bzw. Einkommensgrenze)	Euro	783,60
Beihilfen (für Witwen, Lebensgefährtinnen, Waisen, Witwer und Lebensgefährten)	Euro	811,30
Einkommensgrenze (Meßbetrag) für Beihilfen	Euro	895,50
Mindestbeihilfe	Euro	5,10
Hinterbliebenenrente (Witwen, Lebensgefährtinnen, Witwer, Lebensgefährten) (Waisen, Elternteile)	Euro	167,80
Elternpaarrente	Euro	221,70
Diätzuschuß I. Stufe	Euro	26,10
II. Stufe	Euro	52,60
III. Stufe	Euro	78,90
Sterbegeld: Höchstausmaß:	Euro	978,80
Mindestausmaß:	Euro	586,80
anrechenbar höchstens	Euro	392,00

Opferrenten (Grundrenten) ab 1. Jänner 2003.

MdE	Opferrente	ab 65. Lebensjahr zusätzl. Haftrente	insgesamt
30 %	Euro 83,90	Euro 39,20	Euro 123,10
40 %	Euro 125,90	Euro 39,20	Euro 165,10
50%	Euro 167,80	Euro 39,20	Euro 207,00
60 %	Euro 209,80	Euro 39,20	Euro 249,80
70 %	Euro 251,80	Euro 39,20	Euro 291,00
80 %	Euro 335,70	Euro 39,20	Euro 374,90
90/100 %	Euro 419,60	Euro 39,20	Euro 458,80

Alterszulage **Euro 17,20**

Dieselbe wird an Opferrenten-Bezieher ab 50 %, bei Frauen ab dem 55. Lebensjahr, bei Männern ab dem 60. Lebensjahr, gewährt. Ab dem 65. Lebensjahr wird dann an Bezieher ab einer 50%igen Opferrente die Alterserschwerniszulage zuerkannt, womit die Alterszulage von monatlich Euro 17,20 entfällt.

Alterserschwerniszulage ab 1. Jänner 2003

Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)

Ab Vollendung des	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100v. H.
65. Lebensjahres	Euro 18,80	31,40	38,00	50,30	62,80
70. Lebensjahres	Euro 38,10	62,70	71,30	84,10	100,70
75. Lebensjahres	Euro 69,30	94,50	105,00	117,40	130,10
80. Lebensjahres	Euro 100,70	126,10	138,60	151,20	163,80